

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Druckerei: Riesner, No. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröbzig.

Postkonton: Dresden 1530
Stollstraße Riesa No. 52.

Nr. 263.

Donnerstag, 10. November 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 30 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Silben) 1.30 Mark, Ortspreis 1.35 Mark; zehntägiger und längerer Lauf 50%; Nachzahlung, Nachweissungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rausch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Rungel & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Berlin — Washington — Wiesbaden.

Es vergeht kein Tag, an dem die Krise der Reparationsfrage, hervorgerufen durch den Sturz der deutschen Mark, nicht in neuen Erscheinungsformen zutage tritt. Drei Tatsachen von bedeutendem Gewicht liegen heute wieder vor. Erstens die Ankunft der Reparationskommission in Berlin und das Bekanntwerden einiger ihrer Programmpunkte. Zweitens ein Einspruch des englischen Vertreters in der Reparationskommission gegen das Wiesbadener Abkommen und drittens die Berufung des französischen Wiederkaufbauministers Douceur nach Washington, wo sein Ministerpräsident Brandt werden angelangt ist. Ob die Berufung von der Berufung Douceurs nach Washington sich befreit, steht allerdings noch dahin. Heute vormittags wurde sie jedenfalls von Paris aus deiniert.

Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen all diesen Ereignissen, und dieser Zusammenhang ist eben die immer näher rückende Möglichkeit, daß Deutschland nicht einmal in der Lage sein werde, die Januarrate zu bezahlen, die immer unüberwindlicher Gewissheit, daß das jetzige Reparationsprogramm auf die Dauer nicht erfüllt werden kann. In der Note des englischen Delegierten in der Reparationskommission, Sir John Bradburn, die wir bereits in der gestrigen Nummer des „Ries. Tagebl.“ veröffentlicht haben und in der das Abkommen Rathenau-Douceur als für die übrigen Alliierten in seiner jetzigen Form unannehmbar bezeichnet wird, findet sich der Satz: „Die Arbeiten des Garantenausschusses haben noch nicht einen Punkt erreicht, wo die Bezahlung der übrigen Raten, selbst für das laufende Reparationsjahr, als gesichert angesehen werden könnte.“ Hier ist also von informierterster und offiziellster Seite die Unsicherheit festgestellt der nächsten Ratezahlung zum Ausdruck gebracht. Das die weiteren Raten ansteigen, so schließt zwar dieser Bericht noch die Augen vor der tatsächlichen Gefährlichkeit auch dieser Zahlungen, aber er hebt doch hervor, daß es nicht angängig sei, den Ultimatumspflichtigen Deutschlands nach Art des Wiesbadener Abkommens noch neue Leistungen hinzuzufügen, die zum mindesten mit der Behauptung Deutschlands, daß es schon die Ultimatumslasten nicht zu tragen imstande sei, überhaupt nicht harmonisieren. Sir John Bradburn will also das Wiesbadener Abkommen nur dann gelten lassen, wenn die Vorteile, die Frankreich darin gewährt sind, und die eine Bedrohung der auf die übrigen Alliierten entfallenden Forderungen darstellen, wesentlich abgeschwächt werden. Dies letztere scheint uns im wesentlichen eine englisch-französische Angelegenheit. Ein deutsches Problem aber ist die Frage der Leistungsfähigkeit insgesamt und das aktuelle Problem der Leistungen von 1922. Es ist wohl nicht von großer Bedeutung, daß Bradburn die erste Frage nicht angeht, nachdem er ja bezüglich der viel enger gestellten zweiten schon seine Zweifel geäußert hat.

Diese Zweifel sind es wohl auch, die zu der Krise der Reparationskommission nach Berlin führten. Ohne Zweifel sieht man den Zahlungsplan von 1922 immer mehr als nichts der Markentwertung zerrinnen, und es scheint Aufgabe der Reparationskommission zu sein, zunächst einmal zu klären, was noch zu klären ist. Der „New York Herald“ weiß zu berichten, daß man von der deutschen Regierung einen sofortigen Vorstoß von 100 bis 200 Millionen Goldmark fordern wolle, und daß man u. a. darauf bringen werde, die Gehaltsaufbesserungen der Beamtenklasse erst dann vorzunehmen, wenn die Reparationsraten des kommenden Jahres sichergestellt seien. Es sollen nach dem „Echo de Paris“ noch weitere, sehr ernste Maßnahmen ins Auge gefaßt sein, diese Zahlungen sicher zu stellen, u. a. Maßnahmen gegen die Kapitalflucht aus Deutschland und die Devisen Spekulation. Sind diese Maßnahmen richtig, so beweisen sie zwar, daß die Reparationskommission ebenfalls von den arsten Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands durchdrungen ist, daß sie aber gleichfalls noch an der Fiktion festhält, die Zahlungsbestimmungen des Ultimatus selbst seien an sich durchführbar.

Diese Art der Einstellung mag durch die Kompetenzbegrenzung der Reparationskommission wie auch ihrer einzelnen Mitglieder gegeben sein, aber es läßt sich nicht verkennen, daß die Regierungen selbst mit anderen Auffassungen an das Problem herangehen. Die Einweilung der Fährungs- und Schuldenfrage in das Programm der Washingtoner Konferenz ließ bereits deutlich darauf schließen, und wenn es sich bestätigen sollte, daß Brandt seinen Minister Douceur, der ja ausschließlich mit Reparationsfragen befaßt ist, so plötzlich nach Washington nachkommen läßt, so besteht Grund zu der Vermutung, daß das Reparationsproblem dort in noch ausgiebiger Weise besprochen werden soll, als es schon vor Brandts Abreise wahrscheinlich schien. Wir haben in Deutschland allen Anlaß dazu, die weiteren Symptome dieser Krise mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Ankunft der Reparationskommission.

Die Mitglieder der Reparationskommission sind gestern nachmittag in Berlin eingetroffen. Ueber die Absichten der Kommission wissen die Blätter nur mitzuteilen, daß sie sich an Ort und Stelle über die Finanzlage Deutschlands informieren wird. Ueber die Einzelheiten ihres Programms ist auch an Berliner zuständigen Stellen nichts bekannt.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, wird heute das Reichskabinett über die Eindämmung der Geldentwertung beraten und Richtlinien für die kommenden Besprechungen mit der Reparationskommission aufstellen.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Dersowitz ist gestern nachmittag in Berlin eingetroffen. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge dient der Besuch einer Aussprache mit den zuständigen Stellen des Reichs über die Lage. Graf Dersowitz hat bekanntlich bei seinem Amtsantritt

erklärt, daß er beabsichtigt sein werde, eine enge Fühlungnahme mit dem Reich aufrecht zu erhalten.

Die Vorkauforderungen Frankreichs.

Wie der „Temps“ bestätigend meldet, hat die Garantiekommision die Forderung erhoben, daß Deutschland am 15. November und am 1. Dezember je einen Vorstoß leistet, der zahlenmäßig etwa vier Fünftel der halben Milliarde Goldmark betragen soll, die am 15. Januar 1922 fällig ist. Diese Vorkauforderungen sollen aus den Einnahmen der Röhle und der Ausfuhrabgabe entnommen werden. Die Reparationskommission, welche sich mit diesen Forderungen einverstanden erklärt hat, wird jetzt in Berlin mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen sprechen, welche die deutsche Regierung ins Auge gefaßt hat, um diese verlangten Vorkauforderungen zu leisten. Die Kommission wird sich ferner eingehend mit der Kreditation der deutschen Industrie, sowie mit dem Markkurs, ferne mit dem deutschen Budget und der Schaffung neuer Einnahmequellen durch neue Steuern ufm. beschäftigen.

Die französische Kammer zum Sturz der Mark.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer ergriff bei der Beratung der Finanzlage Frankreichs der Berichterstatter des Finanzkommissars den Vorschlag das Wort und erklärte, der Sturz der Mark und der ökonomischen Krise würde den geldlichen Bankrott Deutschlands, aber nicht den wirtschaftlichen herbeiführen. Durch den Sturz der Mark werde der Mittelstand in Deutschland grausam in Mitleidenschaft gezogen. In Deutschland gebe es nur einen Teil der Bevölkerung, der die Schulden Deutschlands begleichen könne; aber die Alldeutschen unternehmen alles, was sie könnten, um die Erfüllung der Forderungen Deutschlands unmöglich zu machen. Das soll die Regierung unternehmen, wenn Deutschland die Anwendung des Artikels 234 des Friedensvertrages verlangt? Frankreich hat vorgeschlagen, Deutschland entgegenzukommen, aber die anderen Alliierten hätten verlangt, daß dieses Entgegenkommen dazu diene, daß die Summe bezahlt werde, die man ihnen schulde. Was diesem Tage an sei die Mark gefallen. Frankreich habe nicht nur nichts getan, um den Sturz der Mark herbeizuführen, es habe im Gegenteil durch das Abkommen von Wiesbaden viel zur Erleichterung der geldlichen Lage Deutschlands beigetragen. Die heutige Lage des Markkurses sei die Unordnung der deutschen Finanzen. Lasterre erklärte weiter, wenn der Deutsche 1000 Mark zahle, zahle der Franzose 520 Franken. Das sei zehnmal mehr. Angesichts dieser Lage müsse die Garantiekommision funktionieren, um die Kontrolle der Steuererinnahmen und des gesamten Devisenhandels in Deutschland sicher zu stellen. Die Alliierten hätten nach dem Kriege eine Politik der finanziellen Solidarität betreiben müssen. Entweder Deutschland oder Frankreich müsse zahlen. Einen Mittelweg gebe es nicht.

Rathenau über das Wiesbadener Abkommen.

Der Reparationsauschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich gestern in gemeinsamer Sitzung mit dem Rohlenausschuss mit dem Rathenau-Douceur-Abkommen. Reichsminister A. D. Rathenau erläuterte und verteidigte das Abkommen in seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichswirtschaftsrates. In der Erörterung kam zum Ausdruck, daß es sich in erster Linie darum handele, ob es möglich sei, ein Produktionsprogramm aufzustellen, durch welches die deutsche Wirtschaft sich aus einer konsumierenden in eine produktive verwandeln oder mindestens eine Bilanzierung der Handelsbilanz einrichten könne. Ohne Einschränkung des Konsumgüterverbrauchs in Deutschland sei dieses Ziel nicht zu erreichen. Besonders günstig sei, daß das Wiesbadener Abkommen der Industrie für lange Zeit Beschäftigung gewährleiste.

Die Feier des 9. November.

Im ganzen Reich ist, soweit die bisher vorliegenden Meldungen erkennen lassen, die Feier des 9. Novembers ruhig und ohne Störung verlaufen. In Berlin verliefen nachmittags um 2 Uhr die Arbeiter ihre Betriebe und begaben sich in geschlossenen Zügen nach sechs verschiedenen Plätzen, wo Ansprachen gehalten wurden. Die Beteiligung an den Versammlungen und an den Umzügen war schwach. Man schätzte die Zahl der Demonstranten auf höchstens 70000. Abends fanden in etwa 30 Lokalen Versammlungen unter Teilnahme von Familienmitgliedern statt. Am Humboldtthain schloß Emil Barth seine Revolutionsbilanz mit den Worten: 1914 war der Michel ein Rindvieh, 1918 ein größeres Rindvieh und jetzt ist er ein Kleinstrentier.

In Dresden hat sich der 9. November nicht erheblich von einem gewöhnlichen Werktag unterschieden. Die öffentlichen Gebäude trugen Flaggenschmuck in den Reichsfarben. In sehr vielen Betrieben ist gearbeitet worden. Die Straßenbahn verkehrte wie sonst. Am Vormittag fanden in verschiedenen Sälen Versammlungen statt. Die Teilnehmer zogen dann geschlossen nach dem Wiener Platz, wo der Arbeiter-Sängerbund Vorträge hielt. Auch des Abends waren größere Versammlungen; ein Fackelzug der Arbeiterklasse bildete den Abschluß der Feier des Revolutionstages. Aus Anlaß des Revolutionstages wurde auch in verschiedenen Druckereien Eichen gelehrt, so daß einige Zeitungen nicht erscheinen konnten. So zum Beispiel nicht in Radebeul, Lößnitz, Großenhain, Meißen, Zwickau, Hohenstein-Ernstthal usw.

In Dresden ist der Revolutionstagsfeier außerordentlich ruhig verlaufen. Staatsgebäude trugen aus Anlaß des Tages schwarzrotgoldenen Flaggenschmuck. Das Gewerkschaftsblatt Leipzig und die Vorstände der sozialistischen

Parteien hatten für nachmittag 2 Uhr sieben große öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Der 9. November und die Arbeiterklasse“ angelegt. Diese waren — in den meisten Betrieben ruhte ab 1 Uhr mittags die Arbeit — durchweg gut besucht. Der Demonstrationszug nach dem Augustusplatz und die Kundgebung auf demselben unterschied sich kaum von früheren derartigen Veranstaltungen. Der Zug war gut besetzt. Ohne Zwischenfälle, wie der Aufmarsch, vollzog sich auch die Räumung des Augustusplatzes, die Mehrzahl suchte rasch die heimischen Venen auf.

In Hamburg fanden am Mittwoch 25 stark besetzte Demonstrationen statt. Am Vormittag waren an den Gebäuden der Revolutionsoper von der Sozialdemokratischen Partei und vom Arbeiterrat Groß-Hamburg Kränze niedergelegt worden.

Auf Beschluß der Gewerkschaften trat in Stuttgart am Mittwoch mittags Arbeitsruhe ein. Der größte Teil der Arbeiterklasse leistete diesem Beschluß Folge. Die Teilnahme an der Einweihung des Denkmals für die in den Revolutions- und Kampftagen Gefallenen war anwärtig. Das Denkmal wurde nachts mit roter Farbe bemalt. Das Volksgesängerbund setzte auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 3000 Mark aus.

Von der Vorkauforderungen Konferenz.

Die Vorkauforderungskonferenz in Paris hat gestern vormittag den Beschluß über die Festlegung der albanischen Grenze unterzeichnet und beschlossen, diese Entscheidung der albanischen, der griechischen und der italienischen Regierung, sowie dem Völkerbund zu notifizieren. Außerdem ist beschlossen worden, Oesterreich zur Ratifikation des Protokolls von Venedig aufzufordern.

Die Vorkauforderungskonferenz hat ein Schreiben der ungarischen Regierung zur Kenntnis genommen, das ihr durch den aliierten Vertreter in Budapest zugegangen ist und in dem die ungarische Regierung sich verpflichtet, den Beschlüssen der Vorkauforderungskonferenz vom Februar 1920 und April 1920 Folge zu leisten. Durch diese Beschlüsse wird die Wiedereinsetzung der Habsburger angetrieben.

Foch für einen Krieg mit Sowjetrußland?

Eine Telegrammagentur erfährt aus Warschau, Marschall Foch, der gegenwärtig in Amerika weilte, führe dort eine große Propaganda für eine sofortige Intervention in Sowjetrußland. Foch habe dem Präsidenten Harding erklärt, die Weiterexistenz der russischen Sowjetrepublik sei unvereinbar mit dem europäischen Frieden und Wiederherstellung. Weiter meldet dieselbe Korrespondenz, auch die französischen Delegierten für die Washingtoner Konferenz hätten den Auftrag, unbedingt diese Intervention gegen Sowjetrußland auf der Washingtoner Konferenz durchzusetzen. Wenn diese Nachrichten zuträfen, so wird man in Deutschland aufhorchen müssen. Nicht nur weil wir überhaupt an dem Schicksal Rußlands und an dem Frieden Europas einigermaßen interessiert sind, sondern auch weil eine Intervention in Rußland ohne Zweifel Deutschland als Anmarschgebiet benutzen würde. Wir haben aber keine Sehnsucht nach einer Wiederholung der Tragödie von 1812, und die überwiegende Mehrzahl der deutschen Bevölkerung ist wohl auch der Ansicht, daß niemand ein Recht hat, dem russischen Volke von außen her irgend eine Regierungsform aufzuzwingen. Es ist vielleicht zu verstehen, daß Marschall Foch sich danach sehnt, seinem Feldherrnruf neue und verhältnismäßig billige Lorbeeren hinzuzufügen. Aber es wäre nicht zu verstehen, wenn die großen Weltmächte sich tatsächlich dazu hergeben würden, die frivolen und erfolglosen Abenteuer der letzten Feldzüge gegen Rußland noch einmal zu wiederholen, und die Sowjetregierung zum Marktvor zu machen, der, selbst wenn ihm der Varaus gemacht würde, in der Erinnerung von Millionen nun erst recht glorifiziert wäre.

Demobilisierung in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei.

Die „Grazzer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Mit Rücksicht auf die Entwirrung in Ungarn beschloß der Ministerrat eine teilweise Abrüstung der einberufenen Reservisten. Die aktive Armee soll solange an der Grenze bleiben, bis ein normales Verhältnis zu Ungarn eingetreten ist. Der Eisenbahnverkehr mit Ungarn ist wieder aufgenommen.

Aus Prag wird gemeldet: Die Demobilisierung der Armee beginnt am 10. November und soll vor Ende November vollkommen durchgeführt sein. Der Präsident der Republik gibt in einem Armeebefehl seiner Genehmigung darüber Ausdruck, in wie kurzer Zeit die Armee kampfbereit gemacht worden sei. Die rasche Konzentrierung der bewaffneten Kräfte habe einen entscheidenden Einfluß auf die glückliche Entwicklung der Ereignisse gehabt.

Tagesgeschichte.

Ein Ertrag zum Schutze der Verbraucher. Das bayerische Gesamtministerium hat zum Schutze der Verbraucher einen Ertrag veröffentlicht, worin es heißt, daß viele gewissenlose Leute die Not des Volkes infolge der rapid wachsenden Erzeugung mißbrauchen, um sich in trasser Selbstsucht und Habgier maßlos zu bereichern. Wegen dieser Volksgeschänder solle durch umfangreiche Maßnahmen und empfindliche und sofort wirksame Strafen seitens der Gerichte und Polizeibehörden energisch vorgegangen werden. — Wesentlich folgen diesen Worten auch die Taten.

Strasenschnurkreuz in Berlin. Auf den Bahnhöfen 9, 18, 20 und 25 sind die Strasenschnurkreuze gestern früh in den Streit gerieten. Ueber die Ursache dieses Ausfalls erklärt BZB. folgendes: Die Bahnhöfe 9, 18 und 25 sind die